

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Zeichen der Zeit erkennen
Grundwerte erhalten
FBP

Wenn die FBP gewinnt, kommt die Untersuchungskommission.

Regionaljournal-Extra: Vor der grossen Wende?

Am 5. März finden im Fürstentum Liechtenstein vorgezogene Landtagswahlen statt. In einem Regionaljournal-Extra treffen erstmals Spitzenvertreter aller kandidierenden Parteien und Listen zu einer Live-Diskussion zusammen. Sie findet am Samstag, 25. Februar von 10.00 bis 11.30 Uhr auf DRS-1 statt. Unter dem Titel «Alles klar?» haben Wählerinnen und Wähler die Möglichkeit, Fragen an die Spitzenvertreter einzureichen, und zwar auf die Telefonnummer 075/2 00 42, und sie am Samstagmorgen beantwortet zu lassen. In einem zweiten Teil diskutieren diese Spitzenvertreter die Frage, wie Liechtenstein danach, also nach den Landtagswahlen, aussehen wird. Was hat ein Gleichstand in der Mandatsverteilung oder eine Mehrheit der einen oder anderen Partei für Folgen?

Verantwortlich für die Sendung ist der Leiter des Regionalstudios Ostschweiz von Radio DRS, Dr. Erich Niederer, redaktionelle Mitarbeiter sind der Liechtenstein-Korrespondent Walter B. Wohlwend und Hansjürg Vorbürger.

Die Unternehmungen sind optimistisch

Zürich (AP) Zahlreiche Schweizer Unternehmungen sind nach den überwiegend günstigen Vorjahresergebnissen für den Geschäftsverlauf im laufenden Jahr optimistisch. Die Mehrheit von mehr als 1.700 Unternehmungen erwartet laut einer Mitteilung vom Dienstag in Zürich in einer Umfrage der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG) für 1989 erneut höhere Umsätze und gehaltene bis leicht bessere Erträge. Es wird mit einem ungebrochenen Investitionsboom gerechnet.

Die besten Umsatzerwartungen hegen laut SBG die Chemieindustrie, die Versicherungen und der Detailhandel; Versicherungsbranche und Uhrenindustrie rechneten als einzige mit einer stärkeren Expansion der Prämieinnahmen beziehungsweise der Umsätze als im Vorjahr. Unterdurchschnittliche Entwicklungen erwarteten die Bauwirtschaft, das Hotel- und Gaststättengewerbe sowie die Textil- und Bekleidungsindustrie.

Etwas gedämpfter fielen die Ertragswartungen aus, schreibt die SBG. Erneut lägen die Gewinnaussichten der Chemie deutlich über dem Mittel aller Branchen.

DENNER-Satellit

Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

aktuell – frisch und preiswert

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.

Ein Reservenabbau ist in der heutigen Zeit nicht verantwortbar

Budget 1989 war ablehnungsreif – Keine Perspektiven der VU-Finanzpolitik für die Zukunft – Massiver Abbau der Reserven

Der Landesvoranschlag für das Jahr 1989, den Finanzminister Brunhart dem Parlament zur Genehmigung zuleitete, war das weitaus schlechteste Budget, das seit Mitte der siebziger Jahre dem Landtag zur Zustimmung unterbreitet wurde. Es rechnet bei Einnahmen von 314 Millionen und bei Ausgaben von 347 Millionen mit einem Ausgabenüberschuss von rund 33 Millionen Franken.

Für die Finanzierung dieser Mehrausgaben sieht der mit den Stimmen der VU-Mehrheitsfraktion genehmigte Voranschlag den Einsatz von Mitteln aus den Reservefonds im Umfang von 29,8 Millionen vor, während der Restbetrag des Ausgabenüberschusses offensichtlich mit Fremdkapital gedeckt werden soll. Angesichts dieser hohen Mehrausgaben konnte die FBP-Fraktion dem Budget die Zustimmung nicht erteilen, da ein Reservenabbau in dieser Grössenordnung und in einer Zeit der Hochkonjunktur nicht zu verantworten ist.

Übergang zu mageren Jahren

Der Ausgabenüberschuss des Landesvoranschlags 1989 steht nicht isoliert da. Er bildet den Auftakt für eine fünfjährige

Vorausschau auf die Ausgaben- und Einnahmementwicklung, welche die Regierung Brunhart dem Landtag mit der Finanzplanung zur Kenntnisnahme unterbreitete.

Aus diesem Finanzplan geht klar hervor, dass nicht nur für das Budgetjahr 1989 mit einem überdurchschnittlich hohen Ausgabenüberschuss zu rechnen ist, sondern dass auch die nachfolgenden Jahre bis Ende 1992 mit Ausgabenüberschüssen von über 27 Millionen Franken pro Jahr abschliessen werden.

Das rechtlich verbindliche Budget mit einem von der VU-Mehrheitsfraktion genehmigten Ausgabenüberschuss von 33 Millionen leitet den Perspektiven des Finanzplanes zufolge daher auf eine Periode über, welche von Jahr zu Jahr gekennzeichnet ist. Es wundert daher nicht, dass am Ende des Planungszeitraumes anstelle eines Reservenüberhangs eine «Ungedeckte Schuld» in der Grössenordnung von über 60 Millionen Franken vorliegen wird. Das Jahr 1989 bildet damit gleichsam eine Wende zum Übergang auf fünf magere Jahre in der staatlichen Finanzpolitik.

Konzeptloses Treibenlassen

Der Abbau von Reserven in wirtschaftlich guten Zeiten wird von der Mehrheit der Bürger nicht verstanden. Jeder Familienvater versucht, für die Sicherung seiner Familie dann einen Notgroschen zur Seite zu legen, wenn gute Verdienstmöglichkeiten bestehen und die Arbeit gut bezahlt wird. Ja sogar jedes Murmeltier sammelt, wie Louis Gassner während der Budgetdebatte im Landtag treffend bemerkte, im Sommer und Herbst hinreichend Vorräte zur Überbrückung der Winterszeit. Warum soll diese Devise nicht auch für den Staat gelten?

Sollte nicht das aus Sondereinnahmen angesammelte Reservekapital im Hinblick auf schlechtere Zeiten möglichst lange geschont werden? Ist es nicht im Interesse der Bürger und der Wirtschaft, wenn der Staat in Krisenzeiten auf ein minimales Reservekapital zurückgreifen kann? Müssen nicht auch die Gemeinden an einem zurückhaltenden Einsatz der angesammelten Reserven interessiert sein, da die Mittelzuteilung aus der Staatskasse nur solange möglich sein wird, als auch Geld in der Kasse ist? Alle diese Fragen stehen unbeantwortet im Raum. Sie werden nicht beantwortet durch die Aufzählung im «Liechtensteiner Vaterland», für wieviel Millionen Franken in der Vergangenheit Grundstücke erworben oder Schulhäuser gebaut wurden. Es geht um die Zukunft!

Was fehlt, sind klare Konzepte zur Vermeidung eines untragbaren Reservenabbaus in guten Zeiten. Es mangelt an der Vorstellung von Investitionsprojekten nach den Grundsätzen der Dringlichkeit, Realisierbarkeit und Finanzierbarkeit.

Weder auf dem Tisch der Regierung noch auf den Pulten des Landtags sind Pläne zur Diskussion gestellt, die gangbare Wege zur Verwirklichung von Gegenmassnahmen aufzeigen und die die Frage beantworten, wie einer markanten Verschlechterung der prognostizierten Haushaltsentwicklung entgegengewirkt werden könnte. Man gewinnt unwillkürlich den Eindruck, dass die ganze Finanzpolitik auf Zufall und der Hoffnung beruht, dass dann im Herbst jedes Jahres schon noch einige Sitzunternehmungen grosse Gewinnausschüttungen beschliessen, die zu ausserordentlichen Einnahmen bei der Coupsteuer führen.

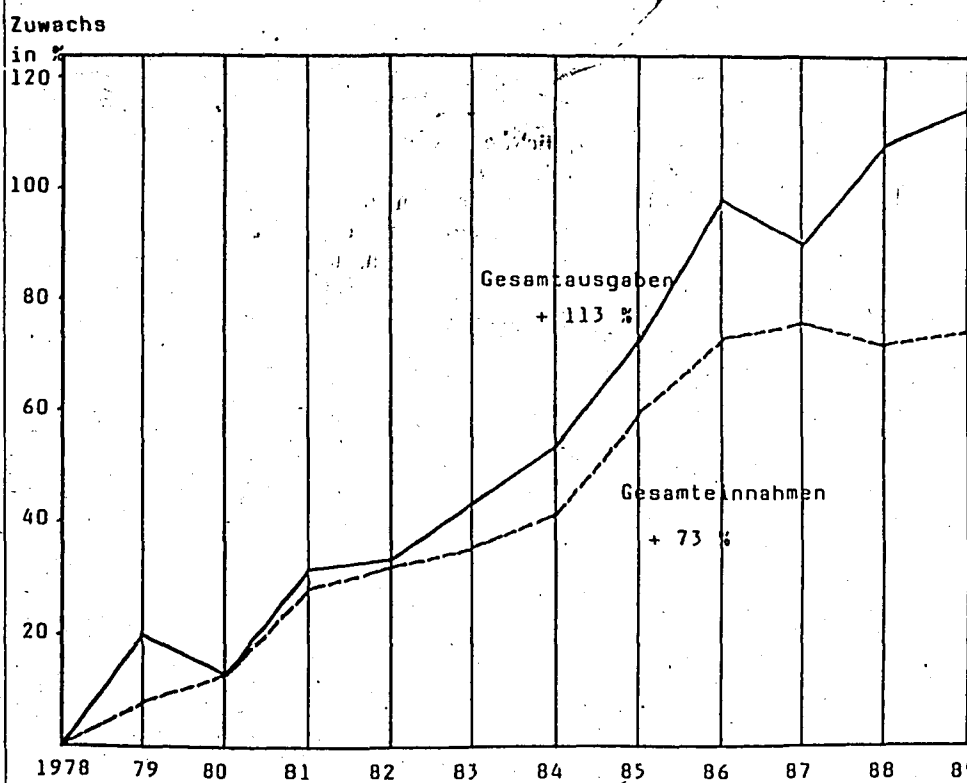
Geringe Eigenfinanzierungsquote

Das Hoffen auf unerwartete Sondereinnahmen darf jedem Finanzminister zugetilgt werden, solange er nicht auf solchen unsicheren Einnahmequellen die ganze Investitionstätigkeit des Staates aufbaut. Stellt man nämlich die Mehraus-

Personalkosten für Verwaltung (ohne Lehrpersonen) 1989 45,6 Millionen Franken

Vermögens- und Erwerbsteuer 1989 (Landesergebnis) 19,5 Millionen Franken

Prozentuales Wachstum der Gesamtausgaben und Gesamteinnahmen des Staates 1978–1989



Die Einnahmen des Staates nahmen nur um 73% zu – die Ausgaben jedoch um 113% – das ist doch keine Finanzpolitik in Zeiten höchster Konjunktur – das ist ein klarer Weg in die Schuldenwirtschaft!

Zeichen der Zeit erkennen – Grundwerte erhalten

Mensch und Staat

Aus dem Leitbild der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP)

Unser Staat dient den Menschen. Er bietet uns Bürgern Entfaltungsmöglichkeiten, achtet aber auch auf die Sicherung der Lebensgrundlagen für künftige Generationen.

Diese Aufgabe kann der Staat nur dann erfüllen, wenn unsere Politik in der Tradition begründet ist, wenn Bewährtes weiterentwickelt wird, und wir für die Probleme der Zukunft offen sind.

Eine solche Politik braucht die Gemeinschaft, in der die Familie im Mittelpunkt steht, aber auch Bürger, die bereit sind, Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen und durch Eigeninitiative zur Sicherung des Wohlstandes und zur Selbstentfaltung des einzelnen beizutragen.

Wir schöpfen unsere geistige Kraft aus einem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Umwelt. Wegleitend sind die Grundwerte der Menschenwürde, Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit und des Friedens.

Grundlage unseres politischen Tuns ist die Verfassung, welche die Staatsgewalt im Fürsten und im Volk verankert. Wir bekennen uns gleichermassen zu den monarchischen wie zu den demokratischen Elementen unserer Staatsordnung.

Mehr Demokratie statt Macht

Der Staat kann heute aus den natürlichen Steuereinnahmen nicht einmal mehr die Hälfte der Personalkosten für die Landesverwaltung bezahlen (ohne Lehrpersonen)! Was passiert, wenn die übrigen, ausserordentlichen Einnahmen zurückgehen?

gaben des Landesvoranschlags ins Verhältnis zu den Nettoinvestitionen, so zeigt sich, dass im Jahre 1989 nur noch rund 56 Prozent der investiven Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt werden können. Daraus erheilt, dass rund 44 Prozent der investiven Nettoausgaben aus den Reservefonds oder aus Fremdkapital zu decken sind. Die durch Einnahmen nicht gedeckten Investitionsausgaben belaufen sich im Jahre 1989 immerhin auf 33 Millionen Franken. Grössenordnungsmässig heisst dies, dass 1989 alle Ausgaben für Hochbauten des Staates (18,3 Millionen), alle Ausgaben für Strassenneubauten und Strassenverbesserungen (4,9 Millionen), alle Ausgaben für Mobilität, Einrichtungen und Maschinen (3,6 Millionen), alle Ausgaben für die Ausstattung von Landesschulen mit Mobiliar und Lehrmitteln (0,7 Millionen) sowie alle Baukostenbeiträge für landwirtschaftliche Aussiedlungsbauten, für die Restaurierung privater Denkmalschutzobjekte, für das Berufsschulzentrum Buchs (4,1 Millionen) und für die Sanierung des Strassentunnels Gnalp-Steg (1,1 Millionen) zur Gänze aus den staatlichen Reservefonds bezahlt werden müssen. Einem solchen Budget, das alle Hochbauten, Tiefbauten, Mobiliarschaffungen und noch einen Teil der Bausubventionen durch Abbau der Reservefonds finanzieren muss, konnte die FBP-Fraktion wirklich nicht zustimmen; ein solcher Voranschlag ist schlicht und einfach ablehnungsreif.

Wir helfen weltweiter.

ZÜRICH
 VEREINIGUNG

Repräsentanz für Liechtenstein
 Josef Sela
 Aeulestrasse 80, FL-9490 Vaduz
 Telefon 075/2 43 33